

Going International

Erfahrungen und Perspektiven der deutschen Wirtschaft im Auslandsgeschäft

Ergebnisse der IHK-Unternehmensumfrage

2018

Bundesweite
Auswertung



DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

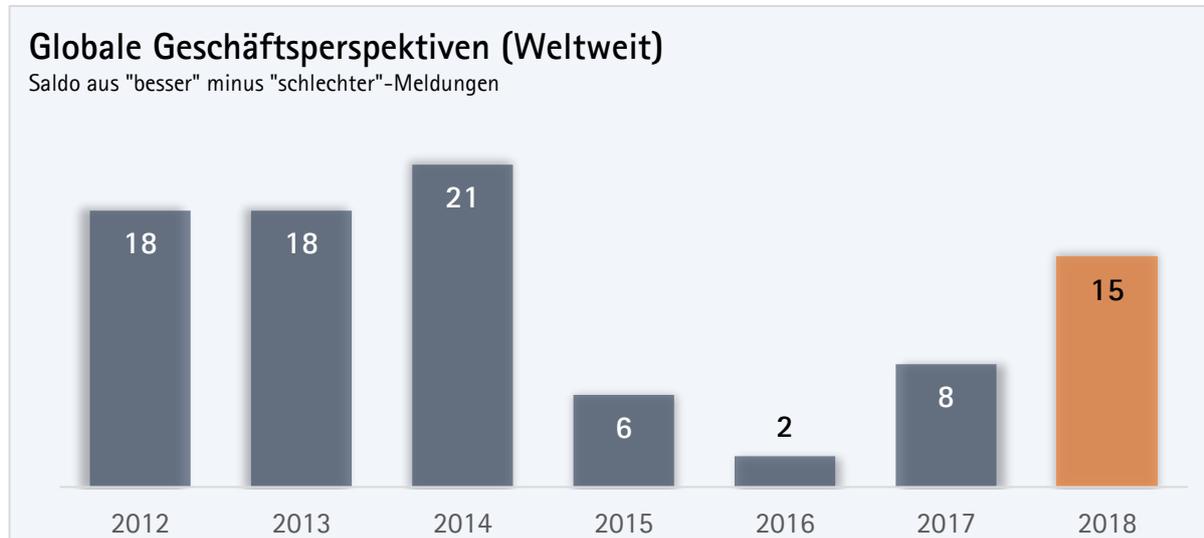
IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Die bundesweite Umfrage „Going International 2018“ des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland erstellt worden. An der Befragung im Februar 2018 haben sich über 2.100 auslandsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland beteiligt. Die aktuelle Umfrage führt die gleichnamigen jährlichen Analysen aus den Jahren 2005 bis 2017 fort.

Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag Berlin Brüssel DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon ++32-2-286 1611 Telefax ++32-2-286 1605
Internet	www.dihk.de www.facebook.com/DIHKBerlin http://twitter.com/DIHK_News http://twitter.com/DIHK_Research
Redaktion	Kevin Heidenreich, Dr. Ilja Nothnagel, Linda Rath
Layout	Sebastian Titze
	Stand April 2018

Die wesentlichen Ergebnisse:



Die international agierenden deutschen Unternehmen blicken optimistisch auf ihr Geschäft für die kommenden zwölf Monate. Die gute Weltkonjunktur und robust wachsende Regionen wie die Eurozone, Nordamerika und viele asiatische Staaten beleben den Welthandel. Ein Viertel der auslandsaktiven Unternehmen erwartet eine bessere Entwicklung ihrer Geschäfte, zehn Prozent eine Verschlechterung. Der Erwartungssaldo aus besser- und schlechter-Bewertungen liegt mit 15 Punkten deutlich über dem Vorjahreswert von acht Punkten.

Im langfristigen Vergleich bleibt das Expansionstempo aber weiterhin unterdurchschnittlich. Die Weltwirtschaft wächst 2018 voraussichtlich um knapp vier Prozent. Einer höheren Dynamik stehen protektionistische Entwicklungen in vielen Weltregionen, ein sich zuspitzender Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie ungelöste politische Krisen in Russland und der Ukraine, in der Türkei und dem Nahen und Mittleren Osten entgegen. Insbesondere der Brexit und die handelsfeindliche Politik der US-Regierung sorgen für Einschränkungen bei den Geschäften und Verunsicherung bei vielen international agierenden deutschen Unternehmen.

Barrieren im Welthandel verhindern noch bessere Geschäfte für deutsche Unternehmen mit dem Ausland: 40 Prozent der Unternehmen registrieren eine Zunahme an Handelshemmnissen in den vergangenen zwölf Monaten. Zusätzliche, oftmals diskriminierende oder unnötige lokale Zertifizierungen und Sicherheitsanforderungen verursachen Kosten, längere Lieferzeiten und verhindern unter Umständen sogar insgesamt das Zustandekommen von Geschäften und widersprechen den Regeln eines fairen Welthandels. Vor allem in Russland, der MENA-Region und der Türkei berichten die Unternehmen von solchen Hemmnissen. Mit der Einführung von Importzöllen auf Stahl und Aluminium und der Ankündigung weiterer Zölle in den USA besteht zudem die Gefahr einer Eskalation von handelsfeindlichen Maßnahmen weltweit.

Handelshemmnisse bremsen das Auslandsgeschäft

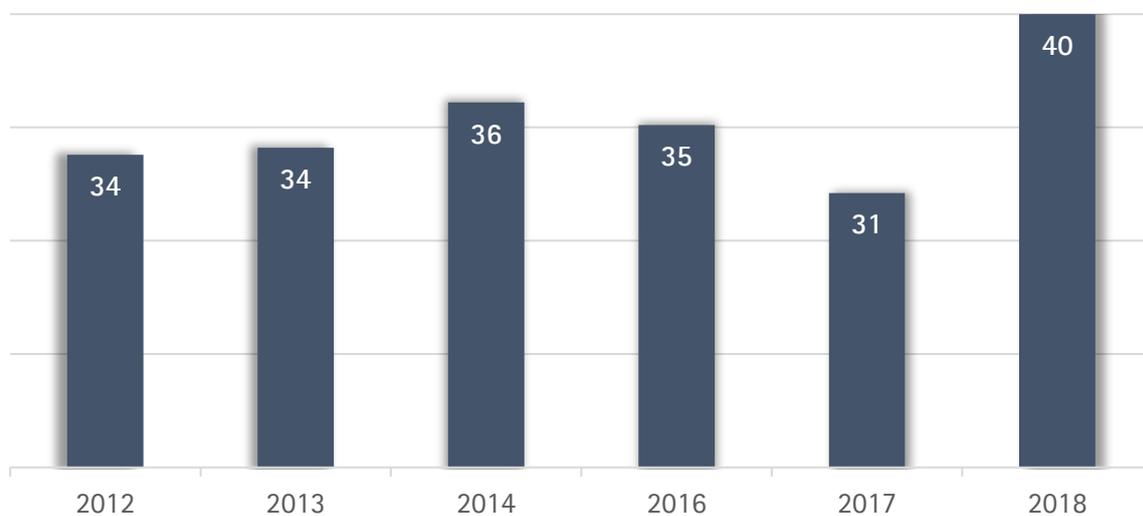
Bremsklotz Handelsbarrieren

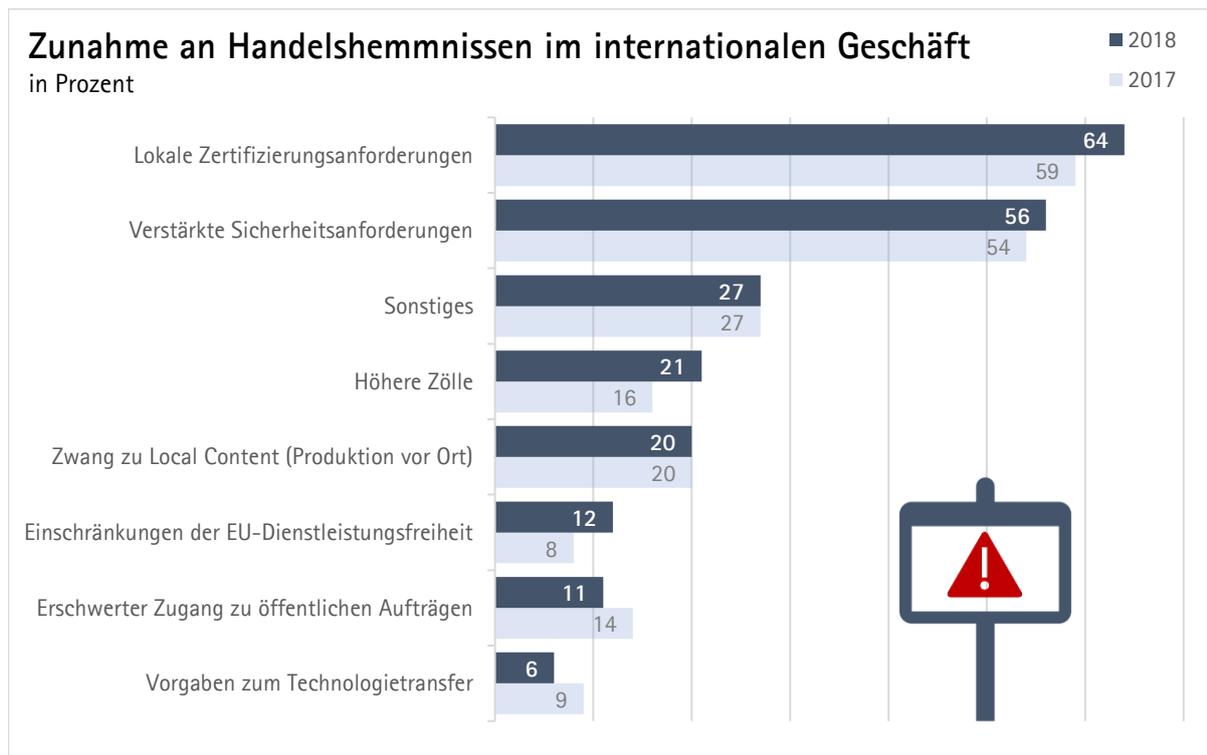
Die im laufenden Jahr wieder robust wachsende Weltwirtschaft sorgt für eine insgesamt gute Stimmung bei den international agierenden deutschen Unternehmen. Konjunkturelle Faktoren können aber nicht verdecken, dass bestehende und aktuell neu geschaffene Handelshemmnisse die Exportaktivitäten abbremsen und die Stimmung strukturell trüben. So viele Unternehmen wie noch nie seit der Finanzkrise 2008 geben an, dass sie von neuen Handelsbarrieren seit dem letzten Jahr betroffen sind (40 Prozent). Bereits in der Vorumfrage hat knapp ein Drittel der Unternehmen eine solide Zunahme beobachtet. Selbst wenn die Unternehmen also Geschäftschancen ergreifen wollen, Partner und Kunden gefunden haben, treffen sie im Handling der Geschäfte auf zunehmend zeitintensive und komplexe Prozesse bzw. werden gegenüber ausländischen Wettbewerbern diskriminiert.

Zunahme lokaler Zertifizierungs- und Sicherheitsanforderungen

Die Unternehmen berichten vor allem von einer steigenden Anzahl lokaler Zertifizierungsanforderungen und einer Zunahme an Sicherheitsanforderungen. Insbesondere der Trend zu zusätzlichen lokalen Zertifizierungsanforderungen setzt sich fort: 64 Prozent der Unternehmen beklagen eine Zunahme dieser Art von Maßnahmen, die den Handel mit Waren und Dienstleistungen erheblich einschränken können. Aufgrund derartiger Regelungen müssen Produkte in einigen Ländern neben den gängigen internationalen Standards zusätzliche Anforderungen erfüllen, um dort eingeführt und verkauft werden zu dürfen. So erstreckt sich beispielsweise Saudi-Arabiens neue Vorschrift zur oxo-biologischen Abbaubarkeit von Kunststoffen nicht nur auf die Herstellung und Einfuhr des jeweiligen Kunststoffproduktes selbst, sondern auch auf

Anteil der Unternehmen, die eine Zunahme von Hemmnissen bei Ihren internationalen Geschäften gespürt haben in Prozent





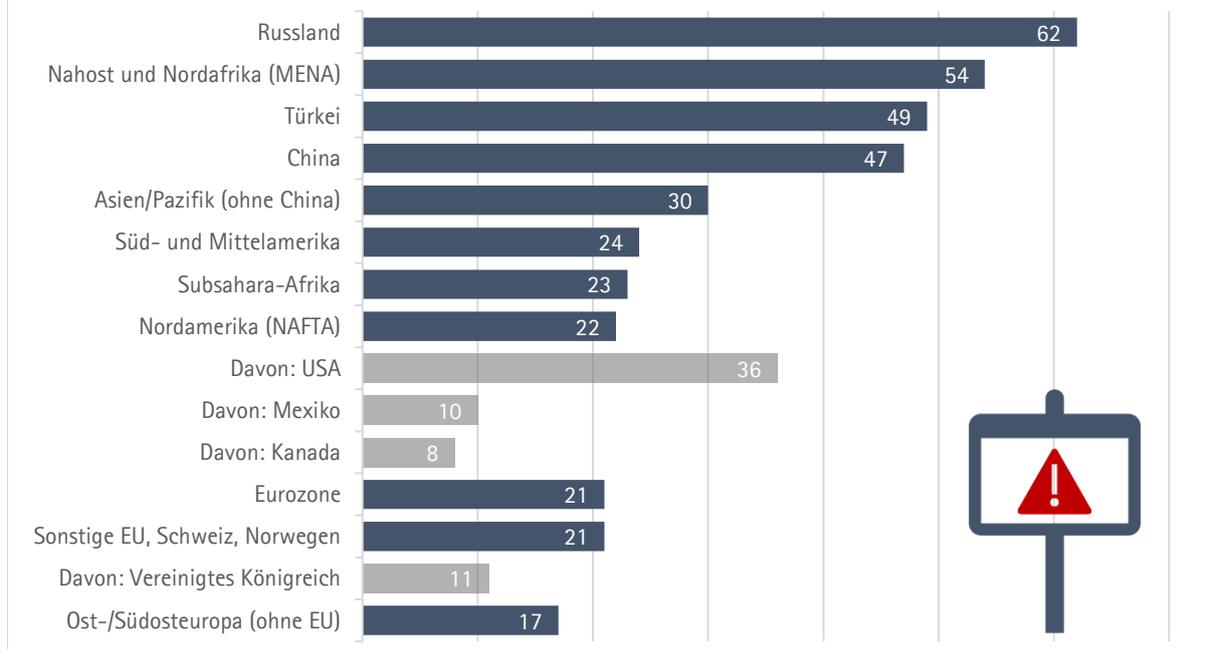
Kunststoffmaterialien, die lediglich als Transportverpackung der zu importierenden Hauptware verwendet werden (z.B. Folien, mit der Haushaltsgeräte eingepackt werden). Solche zusätzlichen Zertifizierungsverfahren sind für die Unternehmen mit hohem zeitlichem und meist auch finanziellem Aufwand verbunden. Damit wird ein Marktzutritt häufig erheblich erschwert und teurer.

Gleiches gilt für zusätzliche länderspezifische Sicherheitsanforderungen, die über die gängigen internationalen Standards hinausgehen. 56 Prozent der Unternehmen berichten von einer Zunahme derartiger verstärkter Sicherheitsanforderungen. Ein schwer zu durchschauendes Netz aus Sicherheitsanforderungen und lokalen Zertifizierungsanforderungen stellt gerade für kleine Unternehmen eine hohe und zunehmend unüberwindbare Hürde im Auslandsgeschäft dar.

Renaissance des Handelshemmnisses Zölle

Mit der von US-Präsident Trump angekündigten Einführung von Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte und den daraufhin von den Handelspartnern angedrohten Gegenmaßnahmen erlebt das klassische Handelshemmnis der Erhebung von Zöllen voraussichtlich eine unglückselige Renaissance. Zwar gilt die größte Sorge der Unternehmen immer noch der Zunahme anderer Handelshemmnisse. Mehr als jedes fünfte Unternehmen aber meldet eine Zunahme an Zöllen im vergangenen Jahr. Der derzeit brodelnde Handelsstreit zwischen den USA und China ist dabei in dieser Umfrage noch gar nicht berücksichtigt. Gerade für die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft gibt diese Entwicklung Grund zur Sorge. Da die Welthandelsorganisation WTO derzeit geschwächt ist, könnten andere Länder zur Nachahmung ermutigt werden und damit eine Abwärtsspirale zu Lasten des Welthandels auslösen.

Zunahme an Handelshemmnissen im internationalen Geschäft nach Region in Prozent



Local-Content-Vorschriften weiterhin von Bedeutung

Jedes fünfte Unternehmen beobachtet eine Zunahme an sogenannten „Local Content“-Vorschriften. Diese legen fest, dass ein gewisser Anteil der Produktion vor Ort durchgeführt werden muss, damit keine Zölle anfallen oder ein Verkauf von Waren im jeweiligen Markt überhaupt möglich ist. Derartige Vorschriften laufen den Regeln eines internationalen fairen Handels entgegen. Sie können die Wahl neuer Produktionsstandorte beeinflussen und so dazu führen, dass nicht der effizienteste Standort ausgewählt wird. Zusatzkosten für die Unternehmen und Preissteigerungen können resultieren. Ein Beispiel für Local-Content-Vorschriften sind sogenannte „Buy-American-Klauseln“ in den USA, durch die in den Vereinigten Staaten hergestellte Produkte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Sonstige Handelsbarrieren

Immerhin zwölf Prozent der Unternehmen berichten von neuen Einschränkungen bei der EU-Dienstleistungsfreiheit. Hier sind bürokratische Hürden bei der kurzzeitigen Entsendung von Mitarbeitern in ein anderes EU-Land als erhebliches Geschäftshemmnis zu nennen. Die seit der Vorumfrage von den Unternehmen beobachtete Zunahme an Hindernissen beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen (elf Prozent) und an Vorgaben zum Technologietransfer (sechs Prozent) fällt anders als bei allen anderen Handelsbarrieren schwächer aus als im Jahr zuvor (14 bzw. neun Prozent). Weitere Handelshemmnisse, auf die die Unternehmen in Freitextantworten hinweisen, sind die Sanktionen gegen den Iran und Russland sowie Schwierigkeiten bei der Visumsvergabe.

Handelshemmnisse in den Regionen

Russland, Türkei, Ost-/Südosteuropa

Vor allem im Geschäft mit Russland aktive Unternehmen spüren eine Zunahme an Handelshemmnissen (62 Prozent). Gerade vom russischen Staat wird eine Politik der Importsubstitution und Lokalisierung betrieben. Zudem sorgen die Sanktionen durch die EU und entsprechende russische Gegenmaßnahmen für bürokratische Hürden.

Ebenso berichten rund 50 Prozent der Unternehmen (und damit überdurchschnittlich viele), die in der Türkei tätig sind, von neuen Einschränkungen durch Handelshemmnisse. So ist beispielsweise seit kurzem bei der Einfuhr bestimmter Waren (z.B. Maschinen, KfZ, Keramik) in die Türkei zusätzlich zur zollamtlichen Freiverkehrsbescheinigung (A.TR) – dem Nachweis, dass die Ware bereits verzollt wurde – die Vorlage eines IHK-Ursprungszeugnisses erforderlich. Die Türkei fordert dies, um den Ursprung von bestimmten, bereits in der EU verzollten Waren zu ermitteln. Sofern die Waren ihren Ursprung beispielsweise in Indien oder Vietnam haben, erhebt die Türkei auf den Export durch europäische Unternehmen wiederum einen zusätzlichen Zoll von bis zu 25 Prozent.

In anderen Ländern Ost-/Südosteuropas aktive Unternehmen melden hingegen vergleichsweise wenig neue Handelsbarrieren (17 Prozent). Unternehmen stehen hier vor allem Local Content-Vorschriften gegenüber.

Viele nichttarifäre Handelshemmnisse verzeichnen die Unternehmen auch im Geschäft mit der MENA-Region. Von den in den Ländern Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens aktiven Unternehmen beobachten 54 Prozent neu geschaffene Handelsbarrieren, z.B. Registrierungspflichten für Exporteure nach Ägypten

oder die Pflicht zur Vorlage von Freiverkäuflichkeitsbescheinigungen in Algerien.

Knapp hinter der MENA-Region rangiert China, wo 47 Prozent der vor Ort aktiven Unternehmen von einer Zunahme an Handelshemmnissen betroffen sind. Verzögerungen bei der Wareneinfuhr und bei den Produktzulassungen, aber auch Vorgaben zum Technologietransfer stelle eine hohe und steigende Bedeutung im China-Geschäft dar.

Unterzeichnung von CPTPP

Von der Unterzeichnung des pazifischen Freihandelsabkommens geht eine positive Signalwirkung aus – ungeachtet des Ausstiegs der USA. Auch Deutschland kann mittelbar über die in den Mitgliedsländern des Abkommens aktiven deutschen Unternehmen großen Nutzen aus diesem sich integrierenden Wirtschaftsraum ziehen. Ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und beispielsweise den ASEAN-Staaten würde dem weltweiten Freihandel ebenfalls einen positiven Schub geben können.

„America First“

Knapp 22 Prozent der in der NAFTA-Region tätigen Unternehmen sehen sich durch zusätzliche Handelsbarrieren in ihren Geschäften eingeschränkt. Innerhalb der NAFTA-Region sind es aber vor allem die Unternehmen mit US-Geschäft, die angeben, neuen Handelsbarrieren gegenüber zu stehen (36 Prozent). Von den in Mexiko oder in Kanada aktiven Unternehmen melden hingegen deutlich seltener eine Zunahme an Handelshemmnissen (zehn bzw. acht Prozent). Aufgrund der Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens und vor allem aufgrund des

handelspolitischen Kurses von US-Präsident Donald Trump ist die NAFTA-Region für die Unternehmen momentan mit vielen Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Mit der „America First“-Politik droht eine zunehmende Abschottung von US-Märkten mit Hilfe von Handelsbarrieren, wie striktere Visa-Vorgaben oder die Einführung von Importzöllen. Zudem sehen sich ausländische Firmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gegenüber US-Unternehmen oftmals benachteiligt.

Auch anderswo keine Waisenknaben

30 Prozent der in Asien aktiven Unternehmen beobachten zusätzliche Handelsbarrieren. Unternehmen, die mit der Eurozone (21 Prozent), der sonstigen EU/Schweiz/Norwegen (21 Prozent) oder in Ost-/Südosteuropa (ohne EU, 17 Prozent) geschäftlich aktiv sind, verzeichnen die geringsten Zunahmen an Handelshemmnissen.

Brexit – es wird komplizierter

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union werden die bisher geltenden Vorteile des Binnenmarktes auf der Insel abgeschafft. Eine erhebliche Einschränkung des Handels wird die Folge sein. Das Ausmaß der Handelshemmnisse wird sich in Zukunft nach derzeitigem Stand von Einschränkungen im Warenverkehr über neue Zertifizierungsanforderungen bis hin zu Zollkontrollen erstrecken.

Auswirkungen des Brexit

Detaillierte Ergebnisse zu den bisherigen Erfahrungen und künftigen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft liefert die [DIHK-Sonderumfrage zum Brexit](#) vom Februar 2018.

Über aktuelle Entwicklungen informiert der DIHK monatlich in einem Newsletter, der [hier](#) kostenfrei abonniert werden kann.

Geschäftsperspektiven in den Weltregionen

Eurozone ist Wachstumstreiber

Zum wichtigsten Treiber für die deutschen Exporte hat sich die Eurozone entwickelt. Knapp ein Drittel der Unternehmen erwartet bessere Geschäfte, lediglich vier Prozent sind pessimistisch für die kommenden zwölf Monate. Der Saldo in Höhe von 26 Punkten steigt deutlich im Vergleich zur Vorumfrage (19 Punkte). Die Eurozone ist im Regionenvergleich Spitzenreiter bei den Geschäftserwartungen deutscher Unternehmen.

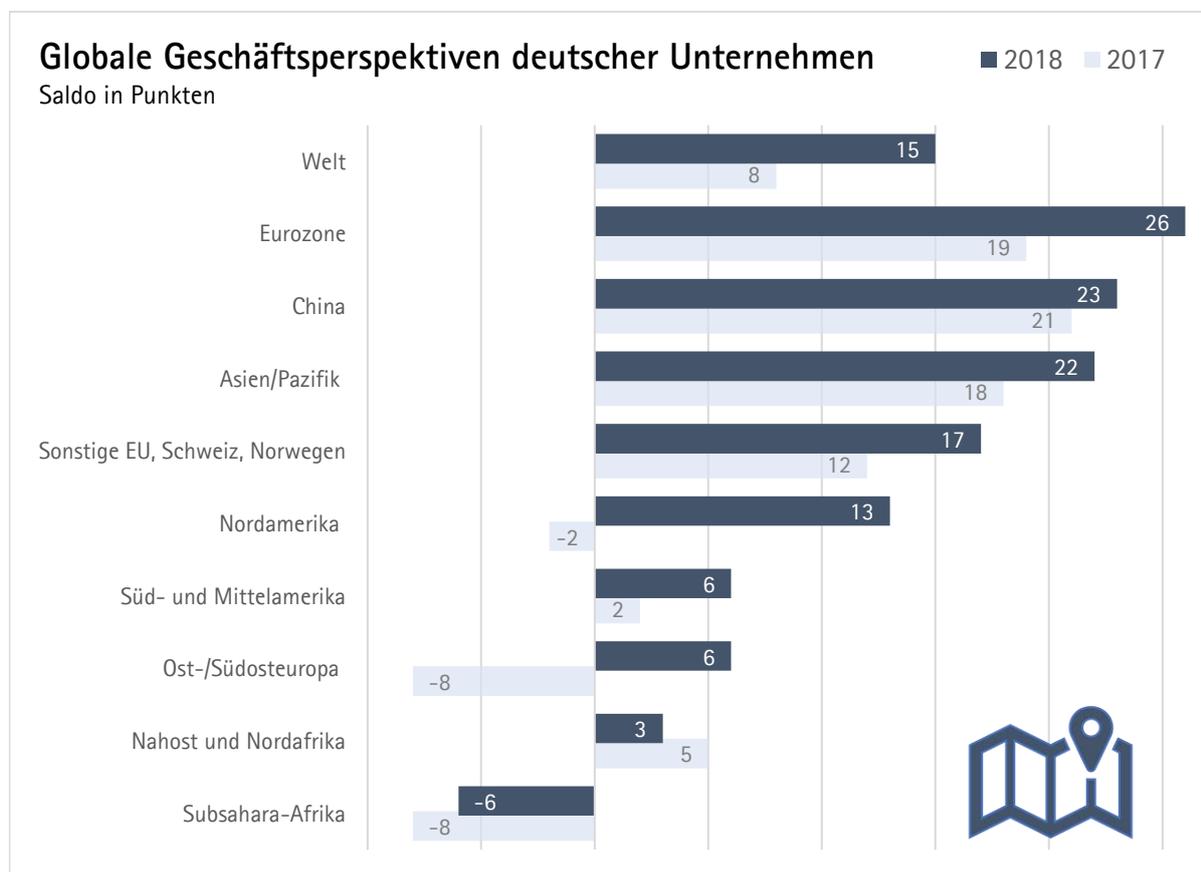
Alle Länder des Euroraums befinden sich im Aufschwung. Sie profitieren von den Reformanstrengungen der letzten Jahre. Zudem sorgt die Belebung des Welthandels EU-weit für steigende Exporte. Dies kompensiert leichte Brems-effekte durch den aktuell etwas stärkeren Euro in den Ländern der Eurozone – bei gleichzeitig

günstigen Finanzierungsbedingungen, zumindest für deutsche Unternehmen. Die verbesserte Arbeitsmarktsituation in der gesamten EU bei noch moderater Inflation sorgt zudem für gute Konsumspielräume.

Weitere Reformen nötig

Frankreichs Wirtschaft wächst wieder stärker. Bis die vielfältigen Maßnahmen der Regierung Macron – etwa die Steuer- oder Arbeitsmarkt-reform – ihre ganze Wirkung zeigen, wird es noch etwas dauern. Zudem sind weitere Lösungen für die hohe Schuldenlast und Jugendarbeitslosigkeit nötig.

Griechenland hat die Rezession hinter sich gelassen. Die Euro-Finanzminister haben nach der Überprüfung des Griechenland-Hilfsprogramms



Ende letzten Jahres grünes Licht für die Auszahlung der nächsten Kredittranche gegeben. Für eine insgesamt Entwarnung ist es noch zu früh, durchatmen ist aber erlaubt.

Italien befindet sich ebenfalls im Aufschwung, wenn auch mit weiterhin verhaltenen Wachstumsraten. Die nach wie vor hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit bremst den Konsum. Die Aufwertung des Euro trifft die italienischen Exporte. Die Investitionen tragen hingegen deutlich positiv zum Wachstum bei. Mit zahlreichen Initiativen zur „Industrie 4.0“ werden die Investitionen angekurbelt. Weitere Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Reduzierung der Risiken im Finanzsektor erscheinen jedoch für eine langfristig solide Entwicklung wichtig. Ein Ende der Niedrigzinsphase in der Eurozone könnte sonst gerade Italien hart treffen. Unklar bleiben die künftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach der Parlamentswahl.

Spanien setzt Aufholjagd fort

In Spanien sinkt die Arbeitslosenquote kräftig. Der private Konsum kann davon profitieren. Auch die Exporte haben sich gut entwickelt. Dabei profitiert Spanien nicht nur von der Belebung des Welthandels, sondern hat zusätzlich auch noch weltweit Marktanteile gewonnen. Allerdings verunsichern die Diskussionen über die angestrebte Unabhängigkeit Kataloniens die Betriebe in der Region. Die Wachstumsraten der letzten Jahre von über drei Prozent können in diesem Jahr wohl nicht erneut erreicht werden.

Bevorstehender Brexit belastet Unternehmen

Der bevorstehende Brexit und die geringen Fortschritte bei den Verhandlungen über die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU belasten die Stimmung der deutschen Unternehmen in Großbritannien. Die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich sind bereits rückläufig. Zugleich verlangsamt sich das

Wachstum auf der britischen Insel. Der Saldo der Geschäftsperspektiven liegt bei minus 24

Punkten. Das schwache Pfund stützt immerhin die Exporte aus dem Vereinigten Königreich und verhindert so noch größere Wachstumseinbußen beim britischen BIP-Wachstum. Allerdings führt die Unsicherheit zu Zurückhaltung bei Investoren. Die Inflationsrate von rund drei Prozent drückt zudem auf die Haushalts-Einkommen und wirkt so zusätzlich als Konjunkturbremse.



Die gute wirtschaftliche Entwicklung der weiteren Länder der EU außerhalb der Eurozone wie Polen und Tschechien tragen zu den insgesamt guten Aussichten der deutschen Unternehmen im Europageschäft bei. Der Saldo der sonstigen EU-Länder plus Schweiz und Norwegen steigt von zwölf auf 17 Punkte. Die konjunkturellen Bedingungen in den Ländern Ost- und Südosteuropas entwickeln sich ebenfalls positiv, auch wenn hier die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen schwieriger sind als innerhalb der EU. Der Saldo ist nach minus acht Punkten in der Vorumfrage aber nun mit sechs Punkten immerhin positiv.

Risiken in Russland und der Türkei

Die russische Wirtschaft wird voraussichtlich 2018 das zweite Jahr in Folge wachsen. Hierfür ist vor allem die Stabilisierung des Ölpreises ausschlaggebend. Die Produktivitätsgewinne in Russland sind allerdings weiter gering. Für ein noch höheres Wachstum sind tiefgreifende wirtschaftliche Reformen nötig, um die russische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Der Saldo der Geschäftserwartungen beträgt dementsprechend lediglich zwei Punkte. Fraglich ist, ob nach der Präsidentschaftswahl im März ein engagierter wirtschaftspolitischer Kurs eingeschlagen wird.

Die Wachstumsraten in der Türkei sind insbesondere durch eine expansive Fiskalpolitik weiterhin hoch. Die Erwartungen der deutschen Unternehmen, die dort geschäftlich engagiert sind, sind jedoch deutlich negativ. Der Saldo beträgt minus 28 Punkte, der schlechteste Wert in der Umfrage. Lediglich zehn Prozent erwarten bessere Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten. Die hauptsächlich politisch bedingten Unwägbarkeiten und Risiken schrecken international tätige Unternehmen ab. Auch die hohe Inflation und die Abwertung der Lira bleiben Risikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem ist die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch. Zusätzlich dürfte eine erneute Herabstufung der Kreditwürdigkeit der Türkei die Finanzierung erschweren und langfristig eine steigende Zinslast mit sich bringen.

China wächst weiter robust

Zwar musste China den Spitzenplatz in der Befragung an die Eurozone abgeben, mit einem Saldo von 23 Punkten sind die Geschäftsperspektiven der Unternehmen aber weiterhin äußerst positiv. Der Konsum wächst dank steigender Löhne und die Importnachfrage steigt. Die hohen Wachstumsraten über sechs Prozent halten das China-Geschäft weiterhin attraktiv, eine langsame Abschwächung ist allerdings erkennbar.

Die Verschuldung des Privatsektors in China steigt und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind zunehmend ein Risiko für Unternehmen. Die großen Herausforderungen mit Blick auf den demographischen Wandel, die sozialen und ökologischen Bedingungen sowie den erforderlichen Abbau von Überkapazitäten in einigen Branchen bestehen fort. Die geplante Umstrukturierung der Wirtschaft kommt insgesamt nur schleppend voran. Hinter vielen regierungsseitigen Ankündigungen zur Öffnung von Märkten und eines Abbaus von Hemmnissen für ausländische Unternehmen stehen große Fragezeichen.

Asien profitiert dank guter Weltkonjunktur

Auch die anderen asiatischen Volkswirtschaften profitieren auf Grund ihrer hohen Exportintensität stark von der guten Weltwirtschaft. Der Saldo steigt von 18 auf 22 Punkte. So entwickeln sich zum Beispiel die Philippinen robust – vor allem dank des wachsenden Dienstleistungssektors. Auch Südkorea entwickelt sich stabil mit Wachstumsraten von um die drei Prozent. Der Fachkräftemangel und die schwache Binnennachfrage verhindern allerdings eine noch höhere Dynamik.

Japan wird voraussichtlich auch 2018 wieder über ein Prozent wachsen. Angesichts des Mangels an Arbeitskräften und der demographischen Entwicklung ein guter Wert. Ob damit eine längere Phase der Erholung eintritt, bleibt aber unklar. Das fertig ausgehandelte EU-Japan-Handelsabkommen könnte dem Handel neuen Schwung verleihen.

USA-Geschäft mit Unsicherheiten verbunden

Nach dem deutlichen Einbruch der Geschäftsperspektiven in der Vorumfrage haben sich die Erwartungen an das US-Geschäft wieder etwas normalisiert. Der Saldo beträgt nun plus 16 Punkte nach minus sieben Punkten im Vorjahr. Die deutschen Unternehmen in den USA zeigen sich zufrieden und erwarten auch für 2018 gute Geschäfte. Die umfangreiche US-Steuerreform sorgt für zusätzliche Impulse, auch wenn die Verschuldungsprobleme des US-Haushalts sich dadurch verschärfen dürften. Denn gleichzeitig besteht hoher Modernisierungsbedarf im Bereich Infrastruktur – zu dessen Finanzierung auch die öffentlichen Haushalte herangezogen werden dürften.



Mit der Einführung von Importzöllen im März 2018 werden die Sorgen über weiter zunehmende Handelshemmnisse noch größer. Zudem können neue „Buy-American“-Vorgaben den internationalen Handel einschränken. Die Auswirkungen auf die Geschäfte deutscher Unternehmen sind noch schwer abzuschätzen. Verschärft sich der Handelskonflikt, sind Einbrüche möglich.

Zusätzlich sorgt die NAFTA-Neuverhandlung für Verunsicherung – nicht nur in Mexiko und Kanada, sondern auch bei den vielen international agierenden Unternehmen in den USA und im gesamten NAFTA-Raum. Unter dem Strich sind die Geschäftsperspektiven in der NAFTA-Region aber nun wieder deutlich positiv (13 Punkte) nach einem Einbruch in der Vorumfrage (minus zwei Punkte). Für das Kanada-Geschäft erwarten die Unternehmen dank des CETA-Handelsabkommens weiteren Schwung.

Weniger optimistisch sind die Unternehmen für das Geschäft mit Mexiko (Saldo: sechs Punkte). Das Land würde unter möglichen Einschränkungen der nordamerikanischen Freihandelszone besonders leiden: Gerade im NAFTA Gebiet haben viele deutsche Unternehmen übergreifende Produktionsverbünde erstellt, die durch weniger liberale Grenzübertritte im NAFTA-Raum Schaden nehmen könnten.

Mercosur-Abkommen weckt Hoffnung

Das vorsichtige Wachstum in Südamerika könnte sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Der Saldo der Geschäftsperspektiven steigt von zwei auf sechs Punkte. Die brasilianische Wirtschaft kommt langsam aus der Krise. In diesem Jahr könnte das Land zum ersten Mal seit 2013 wieder über ein Prozent wachsen. Mit Spannung wird die Präsidentschaftswahl im Herbst erwartet. Eine stabile Regierung und wirtschaftspolitische Reformen sind die Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum in Brasilien.

Positiv entwickelt sich Argentinien. Infrastrukturinvestitionen sorgen für gute Zahlen in der Bauindustrie. Mit der G20-Präsidentschaft in diesem Jahr will Präsident Macri sein Land bei internationalen Investoren wieder besser positionieren. Ein Abschluss der Verhandlungen über ein EU-Mercosur-Handelsabkommen könnte weitere Impulse für den Weg Südamerikas aus der Krise geben.

Wachstum in Afrika stabilisiert sich leicht

Einzelne Krisen überschatten die Entwicklung Afrikas. Südafrika, das wirtschaftliche Schwergewicht des Kontinents, wächst weiterhin nur schwach. Der unklare wirtschaftspolitische Kurs des neuen Präsidenten Ramaphosas sowie die Diskussion über eine Landreform sorgen für Unsicherheit. Dadurch fehlen Investitionen. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Die Stabilisierung der Preise von wichtigen Exportrohstoffen könnte helfen, das Wachstum 2018 zumindest wieder etwas anzuschieben. Zudem macht die Ankündigung Ramaphosas, gegen die Korruption im Lande vorgehen zu wollen, Hoffnung.

Andere afrikanische Länder wie zum Beispiel Kenia entwickeln sich dagegen mit höheren

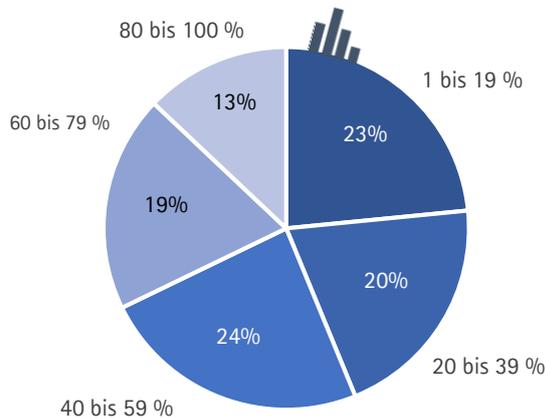
Wachstumsraten. Zwar sind auch hier Arbeitslosigkeit und schnell steigende Staatsschulden ein Problem. Neue Investitionen und eine stabile Entwicklung stimmen die Unternehmen aber positiv.

Insgesamt bleibt der Saldo der Geschäftsperspektiven in Subsahara-Afrika allerdings negativ und steigt nur leicht von minus acht auf minus sechs Punkte.

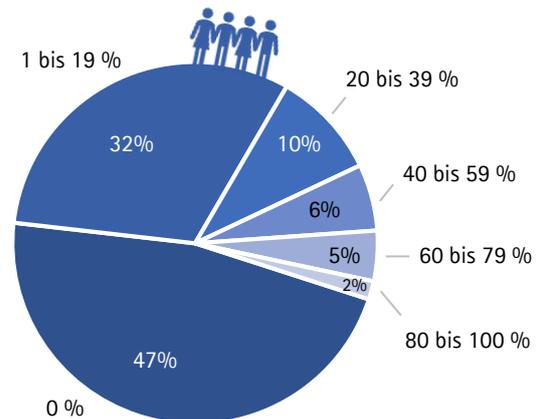
In der MENA-Region sinkt der Saldo von fünf auf drei Punkte. In Nordafrika entwickeln sich die Länder zwar recht positiv, wirtschaftspolitische Risiken sorgen aber für Unsicherheit. Zudem greifen Handelshemmnisse um sich.

Kennziffern der antwortenden Unternehmen

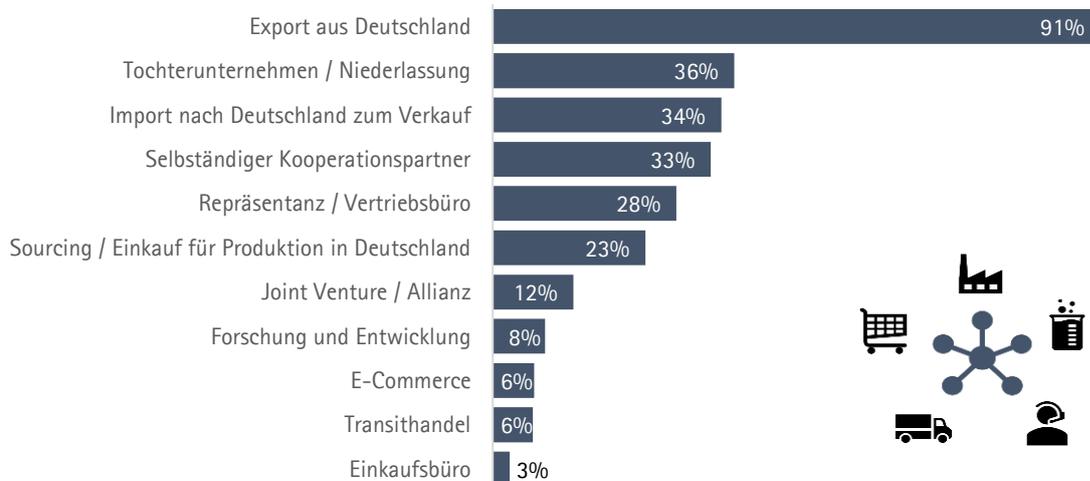
Anteil des Auslandsgeschäfts am Gesamtumsatz der Unternehmen 2017



Anteil der Mitarbeiter im Ausland an der Gesamtzahl der Beschäftigten



Tätigkeiten der Unternehmen im Auslandsgeschäft (Mehrfachnennungen möglich)



Weltregionen in denen die Unternehmen in signifikantem Umfang tätig sind (Mehrfachnennungen möglich)

